

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

63 (15.3.1920)

Süddeutschland gegen die Berliner Staatsstreicher

Die Präsidenten der bayerischen, württembergischen und sächsischen Staatsministerien erlassen folgende Erklärung: Die Regierungen der süddeutschen Staaten, denen es gelungen war, ihre Länder und ihre Bevölkerung in mühsamer Arbeit aus dem Chaos und Elend mehr und mehr herauszuführen, betrachten es als ein Verbrechen am deutschen Volk, daß diese Entwicklung nach aufwärts, die sich in der Besserung der wirtschaftlichen Lage und in der Hebung des deutschen Kurzes deutlich zeigte, von Berlin aus gestört wird. Sie werden sich, gestützt auf ihre Bevölkerung, gegen die verfassungswidrigen reaktionären Machenschaften mit aller Entschlossenheit und aller Kraft zur Wehr setzen, um neues Elend, das dem deutschen Volk von Berlin droht, zu verhüten. Sie anerkennen nur die verfassungsmäßige bisherige Reichsregierung.

München, Stuttgart und Karlsruhe, den 13. März 1920.

Die Demokratie gegen die Staatsstreicher.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt zu den Berliner Vorgängen: Die arbeitenden Massen des Volkes sind zum Generalstreik aufgerufen. Ein furchtbares Kampfmittel! Doppelt furchtbar in der heutigen wirtschaftlichen Notlage. Aber es gibt kein Zaubermittel, denn dieses Mittel beruht auf dem sicheren Sieg, wenn es nur richtig angewendet wird. Aber das demokratische Bürgertum muß sich in die vordersten Reihen stellen, es muß sein Anrecht auf Führung, auf das es stets pocht, durch die Tat erweisen. Es darf nur eine Form der Abwehr geben: eine geschlossene Front aller demokratisch Gesinnten, eine durch die Vernünftigen aus allen Lagern verstärkte Kampffront.

Es ist wahr nicht nur Sache der drei Parteien, welche die Regierungskoalition bilden, mit ihrem Leib und Blut für die deutsche Republik einzutreten. Was auf dem Spiele steht, geht das ganze Volk, geht alle Parteien und die Parteiloseren im gleichen Maße an: wir müssen durch Geschlossenheit unseres Willens den Krieg aller gegen alle, den blutigen Bürgerkrieg, zu vermeiden suchen. Die politische Vernunft steht gegen diesen reaktionären Wutsturm: er wird zusammenbrechen, wenn die Ultrareaktionäre, die ihren Kopf dafür eingeklebt haben, erkennen, daß die übermächtige Mehrheit des Volkes solchen Wahnsinn verurteilt. Die Regierung wird rasch wieder zu Atem kommen und gestützt auf mächtige Kundgebungen des Volkes wird sie unüberwindlich Kraft finden, die tollkühne Soldateska Berlins unschädlich zu machen.

Die deutsche Nationalversammlung.

Von ihrem Präsidenten Fehrenbach auf den kommenden Mittwoch nachmittags 4 Uhr nach dem Landestheater in Stuttgart einberufen worden. Wie wir an anderer Stelle des Blattes mitteilen, hat der Militärbehörden für Württemberg und Baden den Schutz der Nationalversammlung übernommen.

Demonstrationsversammlung in Heidelberg.

Heidelberg, 15. März. (Telefon.) Die geführte Massenemonstration verlief unter Anwesenheit vieler Tausende sehr eindrucksvoll. Reichstagsabg. Gen. Stöck, der als erster Redner sprach, stellte mit scharfen Worten das Vorgehen der nationalen Verbände und sprach der Regierung Eberl-Bauer das Vertrauen aus. Der Vertreter des Zentrums gab eine kurze Erklärung ab, daß das Zentrum hinter der Verfassung und Regierung stehe und diesen Wutsturm bekämpfe. Bürgermeister Dr. Kraft sprach für die demokratische Partei. Es wurde eine Entschlossenheit angenommen, in der die Versammlung das Vertrauen zur Regierung ausdrückt.

Schwere Kämpfe in Kiel.

Kiel, 14. März. (Privattele.) Die Marinekation der Ostsee gibt bekannt, daß der frühere verhaftete Aufwiegler Garbe am Samstag nachmittag die Werkarbeiter in Versammlungen aufrief, mit Waffengewalt gegen den Befehlshaber des Gouvernementsbereiches und seine Truppen vorzugehen. Marinefahrzeuge wurden von Lande her von den Arbeitern beschossen. Durch dieses Vorgehen hat sich der Chef der Marinekation veranlaßt gesehen, energisch durchzugreifen. Leider hatte die Marine hierbei Verluste zu beklagen. Die Arbeiter hatten von der Werk aus ein Schießfeuer auf die landenden Truppen eröffnet. Die Vorgesetzten der Arbeiter sind der Kapitän z. S. Müch sowie der Regattakapitän Stegmann sowie andere Marineleute zum Opfer gefallen. Bei dem Versuch der Marinetruppen, Verwundete zu bergen, wurden weitere Leute getötet.

Während das Landesoberste Gericht die Reichswehr befehligte, landete unter Führung des 2. Admirals eine ältere Abteilung des Minenfliegerverbandes. Die Arbeiter flüchteten unter Zurücklassung von Maschinen und Gewehren. Das Arsenal, das Munitionskontingent und andere wichtige Gebäude wurden von den Matrosen besetzt. Auf die Nachricht über die ersten Vorgänge auf der Reichswehr hat Garbe mit mehreren hundert Bewaffneten die umliegenden Öfen, sowie das Arsenal in Friedrichsdorf besetzt. Bald darauf rückten Marinetruppen heran und stürmten die Öfen und vertrieben Garbe mit seinen Anhängern. Die Schuld für das so viel vergossene Blut kommt ausschließlich auf das Konto Garbes. Die Ruhe ist einigermaßen wieder hergestellt. Die Bevölkerung verhält sich ruhig.

Generalstreik der Bergarbeiter.

W.B. Waldenburg, 13. März. Die gesamte Bergarbeiterschaft trat in den Generalstreik.

„Vorwärts“ und „Freiheit“ verboten.

W.B. Berlin, 13. März. In den Vormittagsstunden sind die wichtigsten öffentlichen Gebäude von Sicherheitswehr besetzt worden. Auch das Geschäftshaus des W.B. hat eine Wache erhalten. Der „Vorwärts“ und die „Freiheit“ sind verboten worden.

Verboten.

Dresden, 14. März. Reichswehrminister Postle und Reichsminister des Innern Dr. Koch geben folgendes bekannt: Die Verbreitung von Aufzurufen und Aufforderungen der Gewalttäter aus Berlin wird unter Hinweis auf die durch den Belagerungszustand bedingten Folgen für das Reichsgebiet verboten.

Die Vorgänge in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 13. März. (Wolff.) Unter Einigung der Arbeiterparteien ist der Generalstreik für Frankfurt a. M. proklamiert worden. Die drei geeinigten sozialistischen Parteien in Frankfurt a. M. haben folgenden Aufruf erlassen: An das revolutionäre Proletariat! Der letzte Schleier ist gefallen. Die Gegenrevolution ist in Berlin in vollem Gange. Die Regierung ist gekürzt. Die Reaktionskräfte haben die Regierungsgewalt besetzt. Die reaktionären Reichswehrkräfte haben der Regierung die Freundschaft offen gekündigt. Proletariat! Jetzt gilt es zu handeln! Der Diktator des Militärs muß sofort die Macht des geeinigten Proletariats ent-

gegensehlt werden. Nun gilt es, den Kampf aufzunehmen, nicht zum Schutze der bürgerlichen Republik, sondern zur Aufrechterhaltung der Macht des Proletariats. Verlaßt sofort die Betriebe und Büros. Unterzeichnet: Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Kommunistische Partei.

Die Einigung der Frankfurter Arbeiterkraft.

Frankfurt, 13. März. (Wolff.) Die Sozialdemokratische Partei Groß-Frankfurts erläßt in Flugblattform folgenden Aufruf: Arbeiter! Parteigenossen! Seid besonnen in Euren Vorgehen in diesen schweren Stunden! Jede Einzelaktion hat zu unterbleiben, stellt Euch aber zur Verfügung, wenn die Partei Euch ruft. Die Sicherheitspolizei steht zu der alten Regierung und verteidigt mit Euch die Republik. Unterstützt sie, wo Ihr könnt, in ihrem schweren Dienst. Es gilt den Kampf gegen die Reaktion und die Aufrechterhaltung der Republik!

Frankfurt a. M., 13. März. (Wolff.) In einer Massenfundgebung am Bismarckdenkmal wurde soeben von Rednern aller Parteien bekannt gegeben, daß sich die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien geeinigt und in Frankfurt a. M. ein gemeinsames Exekutivkomitee gegründet wurde, von dem alle Anweisungen entgehen zu nehmen sind. Die Arbeiter durchziehen in großen Massen die Stadt.

Karlsruhe, 14. März. (Privatmeldung.) Reise, die gestern aus Frankfurt a. M. hier ankam, erzählt, daß die drei geeinigten sozialistischen Parteien ein Aktionsprogramm aufgestellt haben mit der Forderung: Schluß der Republik, Eingziehung der großen Vermögen und der Kriegsschatzergewinne. Bei Zusammenstoß mit der Reichswehr hat es Tote und Verwundete gegeben (an einer Stelle 3 Tote und 5 Verwundete). Aus allen Städtchen hörte man Schüsse fallen.

Frankfurt a. M., 13. März. (Wolff.) Polizeipräsident Ehlerz erläßt eine Bekanntmachung, in der er darauf hinweist, daß die Vorgänge in Berlin auch in Frankfurt a. M. zu großer Unruhe und bedauerlichen Ereignissen geführt haben. Sämtliche Polizeiorgane stehen zu der bisherigen Regierung. Der Polizeipräsident verbietet das Tragen von Waffen durch alle Zivilpersonen und setzt die Polizeistunde auf 9 Uhr abends fest. Sämtliche Lokale und Wirtschaften sind um diese Zeit zu schließen. Der Verkehr auf den Straßen nach 9 Uhr abends ist ohne polizeilichen Ausweis verboten.

Klarheit, Entschlossenheit und Pflichterfüllung.

Es muß Klarheit unter der demokratisch und freiheitlich gesinnten Bevölkerung in Süddeutschland herrschen, daß die Niederhaltung der Reaktion in Süddeutschland mit der gefährlichsten Schlag gegen die Berliner Hochverräter und Kutschken ist. Süddeutschland kann jetzt, wenn alle seine freiheitlich gesinnten Bewohner die erforderliche Entschlossenheit und Pflichterfüllung aufbringen, mit der Rettung des deutschen Reiches werden; es kann das arme deutsche Volk vor ungeheuren Leiden mit bewahren.

Der Appell, den der Befehlshaber im 5. Bezirkskommando an die Offiziere und Truppen hat ergehen lassen, zeigt, daß auch in Kreisen der süddeutschen Reichswehroffiziere die klare Erkenntnis über die schwere Gefahr vorhanden ist, die dem deutschen Volk aus dem verbrecherischen Treiben der Berliner Hochverräter erwachsen muß, wenn es Erfolg haben sollte.

Unsommer muß nur die sozialdemokratische Arbeiterkraft sich geschlossen und entschlossen, in voller Klarheit und strengster Pflichterfüllung hinter die Regierung stellen. Wir wissen, daß das badische Zentrum in seinen Hauptteilen, ebenso wie viele Demokraten bereit sind, mit uns den Kampf für die Verteidigung der Demokratie zu führen und für die nach dem 9. November 1918 erworbenen Rechte und Freiheiten sich einzusetzen. Auch diesen beiden badischen bürgerlichen Parteien ist in ihrer Mehrheit die Klarheit gekommen, daß es ein kaum wieder gut zu machendes Verbrechen am deutschen Volk für allgemeine, am badischen Volk in besonderer Weise, wenn sie nicht mit uns die Niederhaltung der Reaktion erstreben. Wir setzen ferner, daß auch die christlichen Arbeiter bereit sind, mit uns in diesem Kampfe zu marschieren.

Da erwacht naturgemäß der sozialdemokratischen Arbeiterkraft die besondere Aufgabe, nichts zu versäumen, nichts zu unterlassen, was diese Abwehr der verbrecherischen Reaktion fördern kann; es erwacht der sozialdemokratischen Arbeiterkraft die gebieterische Pflicht, in unbeeinträchtigter Entschlossenheit als Avantgarde im Kampfe um die Freiheit und um die Volksrechte alles einzusetzen, um den Berliner Staatsstreicher eine Niederlage zu bereiten; die staatsfeindlichen Elemente in Süddeutschland von vornherein und energisch niederzuhalten.

Die gleiche Pflicht haben, wenn sie dem Allgemeininteresse und der Arbeiterklasse dienen wollen, auch die Unabhängigen und die Kommunisten. Nach langwierigen Verhandlungen haben sich gestern die Unabhängigen in Karlsruhe schließlich auch zu der von uns arrangierten Demonstration geschlagen und sind heute am Seite mit uns auf dem Plan gewesen. Wir freuen uns dessen aufrichtig und hoffen, daß die Waffenbrüderschaft während der ganzen Dauer der Gefahr bestehen bleiben möge, wie wir uns auch freuen würden, wenn aus dieser Waffenbrüderschaft in der Gefahr die dauernde Einigkeit der Arbeiterkraft erwachsen sollte.

Die Kommunisten kamen ungeladen zur Demonstration. Leider können wir nicht sagen, daß sie während oder vielmehr zu Beginn der Demonstration immer dazu beigetragen haben, der Volkskundgebung den würdigen und imposanten Charakter zu geben, der zu wünschen war, während unsererseits alles getan worden ist, um ihnen eine harmonische Beteiligung an der Kundgebung zu sichern. Wir erheben diesfalls jetzt keine Anklagen, aber die Tatsachen selbst müssen wir leider erwähnen. Sind die Kommunisten bereit, mit uns die bestehende große Gefahr abzuwehren, sollen auch sie uns willkommen sein, wie wir gestern im Verlaufe des Tages in stundenlangen sachlich gehaltenen Beratungen mit ihnen zusammengekommen sind.

Wir begrüßen jeden Kämpfer und jede Kämpfergruppe, die uns hilft, das furchtbare Unglück vom deutschen Volk abzuwenden, von dem es bedroht ist. Und wir sind bereit, alles zu vermeiden, was die Waffenengenossenschaft in dieser Stunde gefährden könnte.

Aber, wir brauchen auch in dieser Stunde Klarheit. Die Offenheit und die Ehrlichkeit gebietet uns, grade heraus zu sagen, daß wir Sozialdemokraten nicht daran denken oder gar die Hand dazu bieten werden, den Abwehrkampf gegen den gemeinsamen Feind aller sozialistischen Richtungen, gegen die Verderber des deutschen Volkes, also gegen die Re-

aktion, im Sinne bestimmter kommunistischer oder unabhängiger Forderungen gebrauchen zu lassen. Wir denken an die Forderungen dieser Parteien, den Kampf dahin zu entwickeln, daß sofort „revolutionäre“ Betriebsräte gewählt werden, daß die Diktatur des Proletariats errichtet und etwa die Sozialisierung in dem überführten Tempo eingeleitet wird, das ruind und deshalb für die Arbeiterschaft verderblich wirken müßte. Jetzt gilt es, alle Kräfte, alle Entschlossenheit und alle Pflichterfüllung auf den einen und momentan dringendsten Punkt zu konzentrieren: die Abwehr und Niederhaltung der lauernden und zum tödlichen Streiche bereiten Reaktion.

Ist diese Aufgabe und Pflicht mit Erfolg beendet, dann kann ruhig und sachlich über weitere Fragen gesprochen werden. Aber die Diktatur des Proletariats lehnen wir ab, weil wir Sozialdemokraten sind und weil sie uns, wie jede andere Diktatur, in noch größerem Elend fügen müßte, als wir es ohnehin schon haben. Darüber keinen Zweifel zu lassen, erfordert die Offenheit und die Wahrheitsliebe. Ueber eine Anzahl anderer Forderungen, die die Unabhängigen und die Kommunisten erheben, ist eine Verständigung unschwer zu erzielen. Die Freilassung der politischen Gefangenen steht weder bei uns noch bei den beiden bürgerlichen Koalitionsparteien auf Ablehnung. Wir haben uns gestern bereitwillig für die Freilassung der Frau Wolffstein eingesetzt und sofort bei der Regierung Zustimmung gefunden. Die Freilassung ist denn auch erfolgt. Ebenso wird es mit anderen politischen Gefangenen gehen. Ob aber alle Personen, die wegen Aufruhr oder wegen Straftaten, die anlässlich eines Aufruhrs begangen worden sind, so ohne weiteres amnestiert werden können, bedarf doch noch der Erwägung. Daß unter bestimmten Verhältnissen die Bewaffnung der organisierten Arbeiter sich notwendig machen kann, bedarf keiner Erwähnung. Daß wir aber über die Form und die Art der Bewaffnung der Arbeiter etwas anderer Meinung sind als die Kommunisten und Unabhängigen, haben wir ihnen mündlich eingehend dargelegt. Und jetzt sogenannte revolutionäre Betriebsräte zu wählen, so wie die Kommunisten und Unabhängigen sich diese Betriebsräte vorstellen und haben wollen, das halten wir aus sehr realen und gewichtigen taktischen Gründen heute für äußerst gefährlich. Um es nur kurz anzudeuten: die Landwirte könnten aus der Einführung revolutionärer Betriebs- und Arbeiterräte Folgerungen ziehen, die bei unserer gefährlichen Ernährungslage gerade für die industrielle Arbeiterschaft zur Katastrophe zu werden vermöchten.

Wenn je, so gegenwärtig, müssen die sozialistischen Arbeiter aufs peinlichste alle Wirkungen und Folgen ihrer Forderungen prüfen, erst recht aber die Wirkungen ihrer Handlungen. Minder Eifer könnte namenlosen Schaden anrichten. Und um es ganz offen heraus zu sagen: die Arbeiterschaft allein kann z. B. bei uns in Baden einen erfolgreichen Abwehrkampf gegen die Reaktion nicht führen. Und wenn bürgerliche Parteien, die seit dem Zusammenbruch auch sonst mit uns am Aufbau Deutschlands gearbeitet haben, in diesem Abwehrkampf an unsere Seite treten, ist es einfach unsere Pflicht, ihre Hilfe anzunehmen. Dabei besteht auch den bürgerlichen Parteien gegenüber volle Klarheit. Wir denken nicht daran, von unseren Zielen oder Forderungen der Waffenbrüderschaft im Abwehrkampf wegen irgend etwas aufzugeben, ebensowenig wie wir von den bürgerlichen Parteien das verlangen oder erwarten und umgekehrt. Jetzt unschleichen die reaktionären Brandstifter unser gemeinsames Haus, dabei die Brandfackel in das Haus hineinzuworfen. Und wer das Haus vor dem Zusammenbruch und vor der Verheerung retten will, muß zur Abwehr bereit sein.

Und dann noch eins. Wenn die Regierungen in Süddeutschland erfolgreich sich gegen den drohenden Staatsstreich einer gewissenlosen Bande erwehren sollen, dann müssen die Regierungen einen starken und unerfüllbaren Rückhalt in den breiten Volksmassen haben. Die badische Regierung hat, davon konnten wir uns überzeugen, alles getan, was in ihren Kräften stand, um vom badischen Lande das Unglück einer Gegenrevolution fernzuhalten. Wenn alle freiheitlich und demokratisch gesinnten Bevölkerungskreise bisher ihre Pflicht so erfüllt haben würden, wie es gerade die badische Regierung getan hat, könnten wir sicher sein, daß ein nicht zu durchbrechender Schutzwall gegen alle Staatsstreichgelüste aufgerichtet wäre. Wir erwarten, daß die Volksmassen nachhaken, was sie bisher versäumt haben, denn die kommenden schwere Zeit wird noch große Aufgaben an uns stellen und vielleicht harte Geduldssproben von uns fordern. So ist es leicht möglich, daß das verbrecherische Treiben der preussischen Staatsstreicher unsere Ernährung sehr böse beeinflussen kann. Das abzuwenden ist die badische Regierung außer Stande. Darum darf aber auch die heute so lebendig entwickelte Lust von ungenierten, wenn auch regelmäßig wenig sachkundigen Rätelementen, sich nicht an der Regierung betätigen, die als Regierung eines kleinen Teiles Deutschlands an der Verschlimmerung völlig unschuldig ist.

Die Staatsstreichregierung hat die Aufhebung der Zwangswirtschaft angeordnet. Ihre Absicht dabei ist in erster Linie, die Volksmassen in den Städten durch den eventuell schnell eintreffenden bitteren Mangel an Nahrungsmitteln auf die Knie zu zwingen und die reaktionäre Zwangsherrschaft in politischer und dann auch in wirtschaftlicher Beziehung rücksichtslos durchzuführen. Auch wenn es, was wir noch hoffen, verhältnismäßig bald gelingen sollte, die Staatsstreichregierung zu beseitigen, so wird ihre Verfügung eine folgen schwere Verarmung der Ernährungslage für die städtische Bevölkerung bringen. Dem Eintritt der Katastrophe und damit dem brutalen Verhungern von zahllosen Menschen kann nur vorgebeugt werden, wenn es uns gelingt, ein weiteres Umsichgreifen des Staatsstreichs und der Reaktion mit Erfolg zu begegnen. Rechnlich wirds um die Rohlenversorgung gehen.

Darum jetzt alle Kraft auf die rasche und gründliche Abwehr der reaktionären Gefahr konzentriert. Es geht gleichsam in diesem Kampfe um Kopf und Krone. Darum sammeln wir uns um die Regierung, darum begrüßen wir jede Partei und jede politische Richtung, die um diesen Kampf siegreich beenden hilft. Und weil die Arbeiterschaft und die ihr sozial und wirtschaftlich gleichgestellten Bevölkerungskreise am furchtbarsten unter einem durch die Reaktion weiter angegrichtenen Unheil leiden müßten, rufen wir alle sozialistisch gesinnten Arbeiter auf, ruhig und besonnen, aber mit dem gebotenen Nachdruck, pflichtgetreu und entschlossen, den Kampf zu führen. Dann werden wir durch die Tat beweisen, daß wir in furchtbarer Stunde ein starkes und dem Gemeinwohl dienendes Geschlecht sind.

Die Situation im Reich.

München, 15. März. Der Staatskommissar für München gibt bekannt: Im Einverständnis mit dem Regierungskommissar wird das Reichswehrkommando IV über diejenigen Münchener Zeitungen das Verbot verhängen, die zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen den bayerischen Landtag, die bayerische Regierung und die staatlichen Sicherheitseinrichtungen auffordern.

Leipzig, 15. März. In Leipzig ist gestern der allgemeine Ausstand erklärt worden. Mittags kam es im Innern der Stadt zu blutigen Zusammenstößen zwischen Versammlungsteilnehmern und Angehörigen des Reichswehrregiments, wobei es etwa 10 Tote und einige Schwerverletzte gab. Die Straßenbahnen haben den Verkehr eingestellt. Nachmittags und abends war Ruhe.

Berlin, 15. März. Die Stadt war gestern tagsüber ruhig. Rennenswerte Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Die Straßenbahn verkehrt überhaupt nicht, die Hochbahnen seit mittags freckenweise.

Dresden, 15. März. Die Lage in Sachsen ist vollkommen ruhig. Die sächsische Regierung hat einen Aufruf an die Berliner Regierung erlassen. Die Einwohnerversammlungen sind nicht aufbehalten. General Meier hat mit seinen Truppen den Schutz der Heberlandzentrale Bitterfeld übernommen und in seinem Befehlsbereich ein Streikverbot erlassen.

München, 15. März. Gestern nachmittags kam es zu Ansammlungen besonders vor dem Justizpalast, die von der Schutzmannschaft, der Polizei und Reichswehr nicht gebildet wurden. Gewerkschaften und die drei sozialdemokratischen Parteien haben gestern vormittag im Circus Krone eine Massenversammlung veranstaltet, in der die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen gefordert und der Generalstreik proklamiert wurde.

Schwerin, 15. März. Die Staatsregierung von Mecklenburg-Schwerin ist zurückgetreten. Mit der Bildung einer vorläufigen Regierung ist der Amtsbewahrer Dr. Mondhausen beauftragt. Die Stadt selbst ist ruhig.

Kiel, 15. März. Hier ist es gestern zu Unruhen gekommen. Die Arbeiter der Schiffswerften haben sich bewaffnet und der Reichs- und Sicherheitswehr Widerstand geleistet. Verluste an Toten und Verwundeten werden gemeldet.

Stettin, 15. März. Die Volkswirtschaftsgehilfen sind in den Ausstand getreten. Sämtliche Wirtschaften, Kaffees usw. sind geschlossen.

Köln, 15. März. Bei einer großen Demonstration wurde heute von dem Beschlusse des allgemeinen Ausstandes für Montag Kenntnis gegeben.

Stuttgart, 15. März. Die württembergische Regierung hat alle Maßnahmen getroffen, um der Reichsregierung der Nationalversammlung ihren vorübergehenden Aufenthalt in Stuttgart und alle ihre schweren Pflichten nach besten Kräften zu erleichtern. Die Ruhe wurde bisher nicht getrübt. Anzeichen abweichender Art haben sich nicht gezeigt. Es ist außerdem für alle Möglichkeiten zuverlässig vorgeorgt.

Hamburg, 15. März. Die Stadtbahn stellte heute nachmittags den Verkehr ein.

Stuttgart, 15. März. Das Präsidium des württembergischen Landtages teilt mit: Der Landtag, dessen nächste Sitzung auf Mittwoch nachmittags 4 Uhr anberaumt war, wird bereits auf Dienstag, den 16. ds. Mts., nachm. 3 Uhr, zur Entgegennahme von Mitteilungen der württembergischen Staatsregierung zusammengetreten.

Berlin, 15. März. Seit heute nacht ruht der Straßenbahnverkehr vollkommen. Auch die Hochbahnen haben auf den Hauptstrecken den Verkehr einstellen müssen. Der Stadtbahnverkehr ist vom Generalstreik noch nicht betroffen. Heute morgen wurde den Berliner das Wasser abgeschnitten.

Berlin, 15. März. Die Lage in Berlin war gestern bis in die ersten Abendstunden hinein unverändert. Nur an den Hauptkernpunkten des Verkehrs am Potsdamer und Alexanderplatz sammelten sich große Menschenmengen an, die über die Lage eifrig diskutierten. Vor dem Verwaltungsgebäude in der Lindenstraße, das von Reichswehrtruppen besetzt gehalten wird, bildeten sich ebenfalls Ansammlungen. Eine ruhige Abwicklung des Verkehrs zu sichern sind die Bahnhöfe, die Eisenbahnen und Hochbahnen militärisch besetzt, ebenso die Eisenbahnbrücken.

Stuttgart, 15. März. In die württembergische Bevölkerung! Das württembergische Staatsministerium und der Reichswehrbefehlshaber geben gemeinschaftlich folgendes bekannt: Wir anerkennen nur die verfassungsmäßig zustande gekommene Reichsregierung, an deren Spitze der Reichspräsident Oberst steht. Anordnungen, die von einer anderen Stelle ausgehen, ohne von der Reichsregierung oder der württembergischen Staatsregierung dazu beauftragt zu sein, werden von uns nicht anerkannt. Wir stellen uns hinter die vom Präsidium des Landtages nach Stuttgart einberufene Nationalversammlung, deren Schutz wir übernommen haben. Der Staatspräsident Bloch, der Befehlshaber im Wehrkreise 5 v. Bergmann.

Magdeburg, 15. März. General Meier hat die vollziehende Gewalt in Magdeburg dem Generalmajor Gredel übertragen. General Gredel hat mit einem Erfolg alle Versammlungen unter freiem Himmel und alle öffentlichen Umzüge verboten. Es herrscht Ruhe. Die Zeitungen sind heute nicht erschienen. Der Generalstreik wird durchgeführt.

München, 15. März. Postzeitung und Reichswehrtruppen haben erhöhte Bereitschaft. Das Kriegsministerium in der Ludwigstraße ist durch Stacheldrahtverhaue gesichert.

Freiburg i. Br., 15. März. Die Freiburger Zentrumspartei veröffentlicht folgende Erklärung: Die Freiburger Zentrumspartei verurteilt aufs schärfste die Putzrevolte in Berlin. Sie schließt sich der Kundgebung der Reichsregierung und der Regierungen der süddeutschen Staaten vollständig an und sieht deshalb unentwegt zu der verfassungsmäßig zustande gekommenen Regierung, die sie mit allen Mitteln unterstützt.

Magdeburg, 15. März. Nach einer Privatmeldung der Magdeburger Zeitung wurde in Weimar in letzter Nacht ein mehrstündiger Gewehr- und Handgranatenangriff auf das von der Sicherheitswehr besetzte Hauptpostamt unternommen. Das Hauptpostgebäude und die umliegenden Bürgerhäuser wurden stark beschädigt. Die Hauptpost bleibt im Besitz der Sicherheitswehr.

Heidelberg, 15. März. Die Redakteure und Verleger der Zentrumspresse des badischen Unterlandes und des Frankenslandes hielten gestern hier unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtspräsidenten Biele eine Versammlung ab, an der neben dem Abg. Dr. Schofer Vertreter des Zentrums von Baden-Baden bis Tauberbischofsheim teilnahmen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der u. a. gesagt wird, die Tagung stellt sich hinter die badische Volksregierung als die Inhaberin der legitimen Gewalt in ihrem Verstreben, den badischen Volksstaat zu schützen und um Ruhe, Ordnung und Volkswohlfahrt besorgt zu sein. Sie hat der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung zielbewußt festigkeit behaltet und sich durch bedauerliche Tagesereignisse, die von links oder rechts kommen mögen, nicht irre machen läßt. Die Tagung billigt die Koalitionspolitik des Zentrums als den tatsächlichen politischen Verhältnissen entsprechend und gibt der Abberzeugung Ausdruck, daß nur eine Sammlungs politik positiv arbeitender Parteien auf einer mittleren Linie der allgemeinen Zeitlage Rechnung trägt.

Sonstige Nachrichten aus dem Reich.

Magdeburg, 14. März. In Magdeburg ist der Generalstreik ausgebrochen. Die gesamte Beamtenschaft hat sich ihm angeschlossen. Die Arbeiter und Beamten der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke beteiligen sich am Streik.

Leipzig, 14. März. Im Laufe des heutigen Vormittags finden in Leipzig 18 Versammlungen der U.S.P. statt, der Generalstreik wurde in den Morgenstunden von sämtlichen Arbeitervereinigungen erklärt.

Hamburg und Bremen, 13. März. Die Arbeiter der Hamburger Werften stellen mit dem Viropersonal die Arbeit ein. Der Abbruch geschah in voller Ruhe. Für heute nachmittags ist eine Versammlung einberufen, in der über die Lage geurteilt werden soll.

Hamburg, 13. März. Die hiesige Bevölkerung nimmt die Berliner Meldungen sehr ruhig auf. Es geht das Gerücht, daß von Stade aus die dort liegenden Bataillone in Anmarsch auf Hamburg seien. Der Senat hat beruhigend berichtet, mit den Reichsbehörden in Berlin in direkte Verbindung zu treten. Die Hamburger Reichswehrtruppen sind bereit, einem etwaigen Einmarsch entgegenzutreten.

Ministerpräsident Hoffmann zurückgetreten.

München, 15. März. Der Ministerpräsident Hoffmann ist zurückgetreten. Morgen soll in einer Landtagsitzung eine neue Regierung gebildet werden. Die Stadt ist ruhig, doch sind deutschnationale Umtriebe bemerkbar.

Aus dem Lande.

Freiburg, 15. März. Vom Bundesgericht in Freiburg wurde wegen Schwarzschlachtens und Schleichhandels mit Fleisch der Wirt August

Wid zum „Babischen Hof“ zu drei Wochen Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Wirt und Hausbesitzer Jakob Waffermann erhielt wegen Weichheit eine Woche Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe. In der gleichen Sitzung des Bundesgerichts hatte sich die Albert Schrammtraut Ehefrau, Frieda geb. Friedrich in Freiburg wegen fortgesetzten Schleichhandels und Schwarzschlachtens zu verantworten. Sie kaufte im vorigen Sommer in Gottenheim und Oberbachhausen mindestens fünfzehn Kühe auf, welche auf ihr Anhalten der Wirt August Waffermann in Freiburg in den Anwesen der Verkäuferin schachtelte. Das Fleisch und die Pelle schmuggelte die Schrammtraut nach Freiburg, wo gutgehende Abnehmer Fleisch und Kalbsfleisch abnahmen. Die betriebliche Schleichhändlerin erhielt drei Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, Waffermann zwei Monate und 300 Mark Strafe, ein weiterer Helfer, der Stadtmaler Adolf Rater in Gottenheim, erhielt ein Jahr Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe. Das Urteil wird auf Kosten der Verurteilten in drei Tagessitzungen publiziert. Gegen die Landurteile, von denen die U. die Kühe bezog, erfolgt später eine Sonderverhandlung.

Milchknappheit in Freiburg.
Freiburg, 15. März. Die Lebensmittelnot, vor allem die Milchknappheit, hatte schon in den letzten Tagen viel Erbitterung verursacht. In den Bäckereien las man vielfach die Aufschrift: „Kein Brot oder Brot ausverkauft“. Dazu kam, daß die Milchknappheit bedrohliche Formen annahm. Aus diesem Anlaß entschlöss sich die Behörde, eine verstärkte Milchkontrolle vorzunehmen, die zum erstenmal am Donnerstagabend und dann am Freitag erfolgte. Vor dem Bahnhof hatte sich eine unübersehbare Menschenmenge angesammelt, welche die bewaffnete Ordnungsmannschaft beschimpfte, belästigte und mit Steinen bewarf. Als aus der Masse hart geschossen wurde, machte auch die Reichswehr von der Waffe Gebrauch und gab eine Salve ab, wodurch mehrere Personen verletzt wurden. Erst gegen Mitternacht trat Ruhe ein. Dem Direktor des Milchhofes, Stadtrat und Staatsrat Engler, wurden die Scheiben eingeworfen.

Die Abwehr-Aktion in Karlsruhe.

Die Maßnahmen der Partei.

Schon auf Samstag mittag hatte die Parteileitung ihre Vertrauensleute in den „Auerhahn“ zusammenberufen, um zu den politischen Ereignissen Stellung zu nehmen, denn es galt, für alle Fälle gewappnet zu sein. In Scharen strömten unsere Vertrauensleute heran, sobald der Saal die Anwesenden kaum fassen konnte. Das einleitende Referat hatte Gen. Schöpflin. Er gab in kurzen, aber prägnanten Ausführungen ein Bild der Vorgeschichte zu dem Staatsreich in Berlin und behauptete, daß die Arbeiterklasse dem feinerzeitigen Aufbruch Roskes zum Eintritt in die Reichswehr, sowie auch dem Anschluß an die Einwohnerversammlungen zu wenig Folge geleistet und die Bedeutung derselben als Kampfmittel gegen die Reaktion unterschätzt habe. Jetzt haben wir die Folgen dieser Schwäche. Nun heißt es aber zusammenzufassen, eine einzige Arbeiterschaft in den Kampf gegen die Reaktion ist notwendig, es gilt um den Bestand der Republik, der Demokratie! Aber ruhige Nerven sind vor allem notwendig, ebenso sich hinter die Partei und deren Führer stellen, deren Weisungen Folge leisten, dann wird der reaktionäre Aufbruch abgewehrt werden können. Die Ausführungen des Genossen Schöpflin waren oft von stürmischem, zustimmendem Beifall unterbrochen. Die anschließende Diskussion brachte so recht den Jörn der Anwesenden gegen die reaktionäre Abenteurer zum Ausdruck, aber auch die vortreffliche Kampfstimmung unserer Genossen. Er gab zu bedenken, daß die reaktionäre Clique im November 1918 zu gelinde davongekommen ist, aber jetzt, wenn es sein muß, soll sie der gerechten Strafe für ihr freudloses Spiel nicht entgehen. Der Antrag der Parteileitung, auf Sonntag vormittag auf dem Marktplatz eine Massendemonstration einzuberufen, wurde begrüßt und einstimmig gutgeheißen, ebenfalls muß die Versammlung damit einverstanden, die schon eingeleiteten Verhandlungen mit der U. S. P. wegen einer gemeinsamen Aktion weiterzuführen. Ueber der ganzen Versammlung herrschte eine erste Kampfstimmung und mit Freuden wurden die Flugblätter mit dem Aufruf der Partei und der Einladung zur Demonstration versammelt zur Verteilung entgegengenommen, um den Kampfesmut unserer Genossen auch nach außen hin zu zeigen und in die Tat umzusetzen.

Die Maßnahmen der Gewerkschaften.

Am Sonntag vormittag 9 Uhr begann im „Auerhahn“ eine Sitzung der Delegierten des Gewerkschaftsrates. Außer den Delegierten der freien Gewerkschaften waren auch Vertreter der Arbeitgemeinschaft freier Angestelltenverbände, der christlichen und kirchlichen Gewerkschaften anwesend. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, Gen. Hof, wies in seiner Eröffnung auf die schweren wirtschaftlichen Folgen hin, welche der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenschaft durch den Ruß der Reaktion droht. Im Verlaufe der Diskussion sprachen sich alle Redner dafür aus, daß die Gewerkschaftsorgane aller politischen Richtungen zusammenzutreten müssen, um den Schlag der Reaktion parieren zu können. Es wurde beschlossen, über das ganze Land Baden am kommenden Dienstag den

Generalstreik zu verhängen

zum Protest gegen die mit einem Siege der Reaktion folgende wirtschaftliche und politische Vergewaltigung der Arbeiterklasse. Die Reaktionen müssen erkennen, daß die Massen der Arbeiter und Angestellten und Beamten sich auf keinen Fall den Maßnahmen der Gegenrevolutionäre beugen werden. Von der Regierung wird die Bewaffnung der gewerkschaftlich organisierten verlangt und die Einsetzung einer Ueberwachungskommission, welche die militärischen Maßnahmen, die zum Schutz gegen etwaige gegenrevolutionäre Aktionen getroffen werden, zu überwachen hat. Zur Ausführung der Beschlüsse wurde eine Kommission eingesetzt. Beschlungen wurde, daß am Generalstreiktag in Karlsruhe nur 3 Zeitungen erscheinen dürfen und zwar „Volksfreund“ und „Soz. Republik“ für die sozialistische und der „Badische Beobachter“ für die christliche Arbeiterklasse. Am Schluß der Sitzung wurde vom Landesvorstand der U. S. P. eine dahingehende Erklärung abgegeben, daß die Partei sich an der Demonstration kundgebung vor dem Rathaus beteiligen werde. Diese Erklärung wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Die Demonstration auf dem Marktplatz.

Nachdem durch die Bemühungen unserer Partei im letzten Augenblick noch eine Einigung mit der unabhängigen sozialdemokratischen Partei zustande gekommen war, war die Gefahr, daß durch getrennte Versammlungen die Wucht der Demonstration und deren Wirkung und Eindruck geschwächt und verpuffen würden, abgewendet. Die Möglichkeit war nun gegeben, daß durch eine einheitliche Kundgebung der Arbeiterklasse und des freiburgischen Bürgertums der Reaktion gezeigt wurde, daß ihr in Baden's Landeshauptstadt das Spiel nicht so leicht gelingen würde wie in Berlin, daß die Karlsruhe'ger Bevölkerung geschlossen hinter der badischen Regierung gegen die Berliner Staatsreich-

regierung steht. Die Unabhängigen riefen ihre zum Plaque vor der Festhalle gehenden Leute zurück und leiteten sie zum Marktplatz. Auf dem Plaque vor der Festhalle hatte sich eine kleine Anzahl kommunistischer Demonstranten mit einer roten Fahne eingefunden, zu denen Stadtrat Jakob Traberger eine Ansprache hielt. Aus dieser Gruppe ging alsdann unter Gesang nach dem Marktplatz.

Infolge der anfänglichen Zersplitterung und auch des in der Freude unklaren Weiters schloß sich der Zug nur langsam; schließlich aber hielt eine gewaltige nach rechtsweisende zählende Menschenmenge den weiten Platz besetzt. Kopf an Kopf standen die Massen. Eine weitere Versammlung entstand infolge des stürmischen Verlangens der Kommunisten, es dürfe nicht eher gesprochen werden, bis ihre Genossin Wolfstein aus der Gasse in der sie seit der Durchläufer Kommunistentagung lag, entlassen und auf dem Plaque erschienen sei. Es darf hier nebenbei festgestellt werden, daß schon lange bevor die Kommunisten ihre Forderung stellten, daß unsere Parteileitung bei der Regierung um Haftentlassung der Kommunistin Wolfstein nachgeholt werden war, welchen Verlangen die Regierung auch stattgab. Die kommunistische Führerin erschien endlich in einer Droschke, von ihren Parteifreunden stürmisch begrüßt.

Zu einem weiteren Zwischenfall kam es, als ein Zug der Sicherheitswehr anrückte und sich am Rathaus einquartierte. Die Polizei war wohl eine gute, aber bei dieser Gelegenheit voll auf unangebracht. Trotzdem war jedoch das Geheule und Schreien einiger Demonstration nicht angenehm und sehr bedauerlich, denn jedem, der nicht an oberflächliches Denken gewöhnt ist, war es doch klar, daß die Sicherheitswehr, die zum größten Teil aus organisierten Arbeitern besteht, zum Schutze der Versammlung gegen eine etwaige Aktion der Reaktion erschienen war. Ganz entschieden zu verurteilen ist das Verhalten verschiedener Versammlungsteilnehmer gegenüber dem Führer der Sicherheitswehr, der doch nur seine Pflicht erfüllte. Im Gegensatz hierzu denach sich der letztere und die ganze Sicherheitswehr überaus besonnen und der Situation gewachsen. Es genügt ihr dafür alle Anerkennung.

Die Veranstaltung selbst nahm einen eindrucksvollen Verlauf. Die Raumverhältnisse gefielen leider nicht, die Ausführungen der Redner wiederzugeben. Abgesehen von den Kommunisten, die noch eine Anzahl Sonderwünsche vertraten, besonders die Abtreibung und Diktatur des Proletariats verlangten, waren die Ausführungen der sozialistischen die bürgerlichen Redner, trotzdem sie ihren Parteistandpunkt durchdringend ließen, alle auf den einen Punkt gestimmt: Die drohende Gefahr der Revolution durch einen Sieg derselben über die Reichsregierung; Deutschland muß geschlossen und einig zusammenstehen zur Verteidigung der Freiheit und um die Wäner der Berliner Staatsstreicher zu zerschlagen zu machen. Von unserer Seite sprachen die Genossen Minister Häcker und Stadtrat Traberger, von der U.S.P. Stadtrat Jung und Parteisekretär Kruse, von den Kommunisten Noja Wolfstein und Stadtrat Traberger, für das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften Sekretär Erism, M. B. N., und für die Demokraten Minister Dietrich. — Die eintägigen Redner erhielten hartes, zum Teil sogar härmliches Beifall. In die jeweils ausgedrachten Hochs auf die Republik und die Freiheit stimmte die Menge, so verschiedener Auffassung sie sonst sein konnte, mit einem wahren Sturm der Begeisterung ein, woraus die Reaktion am besten die Stimmung der Demonstranten erkennen und extorieren kann, daß sie bei uns bei etwaigen Willkür à la Kapp-Berlin auf Grant steht.

Nach den Reden löste sich die Versammlung auf und in besserer Ordnung und voller Ruhe gingen die Teilnehmer in die verschiedenen Stadtteile.

Zu den Auftritten gegen die Sicherheitspolizei

läßt sich die Regierung wie folgt aus:
Bei der Demonstration am Rathaus kam es wegen des Aufzuges einer Abteilung der Sicherheitspolizei zu erregten Auftritten. Die Sicherheitspolizei stellt sich unbedingt hinter die badische Regierung. Sie setzt sich fast ausschließlich aus Arbeitern zusammen. Für die Veranstaltung war gegen etwaige Störungen Vorkehrungen getroffen, und zwar betraf, daß zum Schutze des Publikums in der Nähe der Veranstaltung einige Gruppen Sicherheitspolizei bereit gehalten werden sollten. Durch ein unkluges Versehen bei der Befehlserfüllung wurde die Sicherheitspolizei in das Rathaus geführt, was einer kleinen Zahl der vor der Rathaus-türe versammelten Personen willkommener Anlaß gab, erregte Störungen hervorgerufen. Die Veranstaltung auf dem Marktplatz war mit Wissen der Regierung vorzunehmen und es kann schon aus diesem Grunde nicht angenommen werden, daß die Regierung mit ihrer Sicherheitspolizei etwas gegen die Versammlung unternommen wollte. Die Regierung verbaucht an herberdentlich, daß es in dieser tiefen Lage des deutschen Volkes noch Kreise der arbeitenden Bevölkerung gibt, die sich nicht scheuen, die Einheit des badischen Volkes zu stören.

Aus der Stadt

Revolutionstage

Es waren aufregende Tage, der Samstag und der Sonntag, für alle, die sich für politische Dinge interessieren. Aber gar beruflich oder amtlich mit der Politik zu tun haben. Am Samstag berichteten die hiesigen Zeitungen in großer Aufmachung über die Vorgänge in Berlin, welche die Situation grell beleuchteten. Nur das Organ der Unabhängigen, die „Sozialistische Republik“, machte es sich bequem, indem sie keine Zeile über die neuesten Vorgänge zu berichten wußte.

Die Nachricht von dem Umsturz kam plötzlich, aber mehr aus irrtümlich, wie aus hellem Himmel, nachdem man schon allenthalben über reaktionäre Umtriebe in der Reichshauptstadt gelesen hatte. Aber daß die Sache so schnell kommt, ahnte niemand. Der „Volksfreund“ konnte als einziges Blatt schon mittags über die erfolgte Besetzung Berlins durch gegenrevolutionäre Truppen berichten, was die anderen Blätter durch Extrablätter bekannt gaben. In einem Extrablatt des „Volksfreunds“ wurden dann abends in einer Massenaufgabe von 100.000 Stück die Auftritte der sozialdemokratischen Partei und der bad. Regierung in der Stadt und Umgebung verbreitet, das hatten wir schon. Es wurde darin auch auf eine Waffendemonstration am Sonntag vormittag 11 Uhr eingeladen, über die wir an anderer Stelle berichten.

Am Samstag nachmittag trafen die Vertrauensmänner der Partei im „Auerhahn“, zusammen, um Stellung zu der neuen Lage zu nehmen. Sie tagen in Permanenz, um in Gemeinschaft mit der badischen Regierung, sofort über entsprechende Maßnahmen gegen etwaige Aufständische Beschlüsse fassen zu können.

Am gestrigen Sonntag vormittag verbreiteten wir in einem weiteren Extrablatt die neuesten Telegramme samt einer kurzen Darstellung der politischen Lage. Auch dieses Blatt wurde gerne gekauft. Um halb 11 Uhr fand dann die oben erwähnte Demonstrationssammlung auf dem Marktplatz statt, die dem Sonntagvormittag im Zentrum der Stadt ein besonderes Gepräge gab. Lurken haben hier nirgends stattgefunden. Am gestrigen Sonntag drückten wir dann noch ein Flugblatt des Gewerkschafts-Kartells in einer Auflage von 50.000 Stück.

Im Privatverkehr wurden die Ereignisse allenthalben lebhaft besprochen und wohl allgemein wurde begriffen, was dem Volke bevorsteht, wenn die Wittregierung Bestand hätte. Eine merkliche Ersäuerung unseres Kreditwürdigkeit wäre die unermessliche Folge. Gerade erleben wir, daß der Marxismus infolge der Hoffnung auf eine ausländische Anleihe in Garmisch erheblich gestiegen war, was die Aussicht auf baldiges Fallen der Lebensmittelpreise bedeutet hätte. Alle diese Hoffnungen sind jetzt freudlos in Frage gestellt von einer Verordnungsbehörde, die an die Wand gestellt gehört.

Wäger! Arbeiter! Wenn unsere Lebenslage jetzt angesichts der erhofften Besserung wieder verschlechtert wird, dann müßt ihr, daß die alte Reaktion und zum zweiten Male erdroffeln will! Stimmmt Euch dagegen!

Die „Babische Presse“

Allgemein wird in der Stadt die merkwürdige Haltung der „Babischen Presse“ beurteilt, die mit frohender Miene mit großen Überschriften über die neue Regierung in Berlin dem Volke eine ganz falsche Darstellung über die Verhältnisse gibt. Auch berichtet sie, daß Ebert und Bauer in Schuldhaft genommen seien und daß die Unabhängigen mit den Reaktionären gingen, was direkt verlogen ist. Die Sache liegt natürlich nicht so, daß von einer „neuen Regierung“ gesprochen werden kann. Wir haben vorläufig keine neue Regierung, denn die seitliche Regierung hat die Staatsgewalt in Deutschland inne und die Wäger der „Bab. Presse“ müssen sich noch etwas gebulden. Wenn die Zeitungen in Baden jetzt auch unter Vorzeichen stehen, so haben wir das im wesentlichen diesem Blatte zu verdanken, dessen Fälschungen vorher geprüft werden müssen. Bedauerlich ist, daß die Bevölkerung nicht weiß, was sie tut, wenn sie dieses Reptil ins Haus nimmt.

Gründes Mahnwort an Eltern und Vormünder

Aus Bäderegehilfenreisen geht uns folgende Mahnung zu:

In wenigen Wochen werden hunderte von Knaben aus der Schule entlassen, Eltern und Vormünder vor die schwere entscheidende Frage gestellt: Was soll unser Sohn oder Mündel werden? Diese Frage ist gewiß nicht leicht zu lösen und soll an dieser Stelle auf ein Sonderthema hingewiesen werden, das keine Gewähr bietet für eine gesicherte Zukunft und für eine ausreichende Erziehung; es ist dies das Bäderegewerbe.

Durch unsere wirtschaftliche Notlage ist es heute nicht möglich, Brötchen und Backwaren herzustellen, wie dies in guten Friedenszeiten der Fall war; heute wird überall nur das einfache Schwarzbrot hergestellt. Tausenden von Bäderegehilfen ist es heute nicht mehr möglich, infolge von Arbeitsmangel in ihrem erlernten Beruf Unterkunft und Einkommen zu finden; ganz abgesehen davon, herrscht zur Zeit im Bäderegewerbe noch eine Behringsschizorie, die beängstigende Formen annimmt. Das starke Ueberhandnehmen der Behringe in diesem Gewerbe hat nun zur Folge, daß in weiten Teilen Baden des Gehilfenstand durch den Nachwuchsvollständig erneuert werden kann. In Baden, wo durchschnittlich 150 Behringe auf je 100 Gehilfen entfallen, ist der Nachwuchsvollständig so groß, daß sämtliche beschäftigten Gehilfen bereits in einem Jahr und elf Monaten ersetzt werden können.

Wir erachten es für unsere Pflicht, alle jungen Männer vor Ergriffen dieses Berufes ersucht zu warnen. Die Behringe können unmöglich unter den heute bestehenden Verhältnissen das Erlernen, was für ihren Beruf und späteres Fortkommen nötig ist. Die Zukunft für die Bäderegehilfen ist also sehr trübe.

Wir müssen daher nochmals allen Eltern und Vormünder dieses erste Mahnwort ins Gemäch rufen, und lautet die Botschaft: Ihr jungen Männer, die Ihr mit einem entscheidenden Schritt ins Leben tretet, ergriffet nicht das Bäderegewerbe!

Rechtsverbindlichkeit des Bäderegewerbe-Tarifes. Der zweiseitige Vertrag zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgeberorganisationen im Bäderegewerbe vom 17. April 1919 abgeschlossene Tarifvertrag nebst Nachtrag vom 28. August 1919 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gewerblichen Arbeiter im Bäderegewerbe wird gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1458) für das Gebiet der Amtsbezirke Karlsruhe, Durlach, Bruchsal und Ettlingen für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 15. Dezember 1919.

Parteiengenossen! Parteiengenossinnen!

Heute Abend 6 Uhr im „Auerhahn“, Schäfersstraße, Parteiverammlung. Tagesordnung: Bericht über die weiteren Vorgänge im Reich und Stellungnahme hierzu. Alles erscheinen! Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

Die Demonstrationsteilnehmer

Zu der von den Gewerkschaften morgen Dienstag vormittag 10 Uhr stattfindenden Demonstrationssammlung auf dem Marktplatz werden ersucht, sich punkt 9 Uhr am den auf den Plakaten verzeichneten Plätzen einzufinden.

Des Weiteren sei darauf aufmerksam gemacht, daß auch die Behringene den Betrieben fernzubleiben haben.

Der Vorstand der Karlsruher Hochschülervereins. Der Verwaltungsrat der Karlsruher Hochschülervereins hat folgende Beschlüsse gefaßt: In Prof. Dellbach zur Fortführung seiner physikalischen Untersuchungen 3000 M., an Prof. Dr. Probst zur Anschaffung einer Wiltphotographischen Einrichtung für das Eisenbetoninstitut 5000 M., an Prof. Dr. Hausen für die Versuchsergebnisse für Schwachstromtechnik 1000 M., an Prof. Dr. Leichmüller zur Herausgabe der 2. Auflage seines Lehrbuches „Lehrbuch der Schaltungslehre“ 2000 M., an Prof. Dr. Eitner für die Untersuchung der Wärmeleistungen des Entladungsvorganges 1900 M., an Prof. Dr. Franzen für Untersuchungen über die chemischen Vorgänge in grünen Blättern 3500 M., an Prof. Dr. Curt Heß für Untersuchungen über Zellatmung 2000 M., an Dr. Lembert für Untersuchungen auf dem Gebiete der Photoporphyrin 1900 M.

Der Vorstand der Karlsruher Hochschülervereins. Der Verwaltungsrat der Karlsruher Hochschülervereins hat folgende Beschlüsse gefaßt: In Prof. Dellbach zur Fortführung seiner physikalischen Untersuchungen 3000 M., an Prof. Dr. Probst zur Anschaffung einer Wiltphotographischen Einrichtung für das Eisenbetoninstitut 5000 M., an Prof. Dr. Hausen für die Versuchsergebnisse für Schwachstromtechnik 1000 M., an Prof. Dr. Leichmüller zur Herausgabe der 2. Auflage seines Lehrbuches „Lehrbuch der Schaltungslehre“ 2000 M., an Prof. Dr. Eitner für die Untersuchung der Wärmeleistungen des Entladungsvorganges 1900 M., an Prof. Dr. Franzen für Untersuchungen über die chemischen Vorgänge in grünen Blättern 3500 M., an Prof. Dr. Curt Heß für Untersuchungen über Zellatmung 2000 M., an Dr. Lembert für Untersuchungen auf dem Gebiete der Photoporphyrin 1900 M.

Der Vorstand der Karlsruher Hochschülervereins. Der Verwaltungsrat der Karlsruher Hochschülervereins hat folgende Beschlüsse gefaßt: In Prof. Dellbach zur Fortführung seiner physikalischen Untersuchungen 3000 M., an Prof. Dr. Probst zur Anschaffung einer Wiltphotographischen Einrichtung für das Eisenbetoninstitut 5000 M., an Prof. Dr. Hausen für die Versuchsergebnisse für Schwachstromtechnik 1000 M., an Prof. Dr. Leichmüller zur Herausgabe der 2. Auflage seines Lehrbuches „Lehrbuch der Schaltungslehre“ 2000 M., an Prof. Dr. Eitner für die Untersuchung der Wärmeleistungen des Entladungsvorganges 1900 M., an Prof. Dr. Franzen für Untersuchungen über die chemischen Vorgänge in grünen Blättern 3500 M., an Prof. Dr. Curt Heß für Untersuchungen über Zellatmung 2000 M., an Dr. Lembert für Untersuchungen auf dem Gebiete der Photoporphyrin 1900 M.

Der Vorstand der Karlsruher Hochschülervereins. Der Verwaltungsrat der Karlsruher Hochschülervereins hat folgende Beschlüsse gefaßt: In Prof. Dellbach zur Fortführung seiner physikalischen Untersuchungen 3000 M., an Prof. Dr. Probst zur Anschaffung einer Wiltphotographischen Einrichtung für das Eisenbetoninstitut 5000 M., an Prof. Dr. Hausen für die Versuchsergebnisse für Schwachstromtechnik 1000 M., an Prof. Dr. Leichmüller zur Herausgabe der 2. Auflage seines Lehrbuches „Lehrbuch der Schaltungslehre“ 2000 M., an Prof. Dr. Eitner für die Untersuchung der Wärmeleistungen des Entladungsvorganges 1900 M., an Prof. Dr. Franzen für Untersuchungen über die chemischen Vorgänge in grünen Blättern 3500 M., an Prof. Dr. Curt Heß für Untersuchungen über Zellatmung 2000 M., an Dr. Lembert für Untersuchungen auf dem Gebiete der Photoporphyrin 1900 M.

Der Vorstand der Karlsruher Hochschülervereins. Der Verwaltungsrat der Karlsruher Hochschülervereins hat folgende Beschlüsse gefaßt: In Prof. Dellbach zur Fortführung seiner physikalischen Untersuchungen 3000 M., an Prof. Dr. Probst zur Anschaffung einer Wiltphotographischen Einrichtung für das Eisenbetoninstitut 5000 M., an Prof. Dr. Hausen für die Versuchsergebnisse für Schwachstromtechnik 1000 M., an Prof. Dr. Leichmüller zur Herausgabe der 2. Auflage seines Lehrbuches „Lehrbuch der Schaltungslehre“ 2000 M., an Prof. Dr. Eitner für die Untersuchung der Wärmeleistungen des Entladungsvorganges 1900 M., an Prof. Dr. Franzen für Untersuchungen über die chemischen Vorgänge in grünen Blättern 3500 M., an Prof. Dr. Curt Heß für Untersuchungen über Zellatmung 2000 M., an Dr. Lembert für Untersuchungen auf dem Gebiete der Photoporphyrin 1900 M.

Der Vorstand der Karlsruher Hochschülervereins. Der Verwaltungsrat der Karlsruher Hochschülervereins hat folgende Beschlüsse gefaßt: In Prof. Dellbach zur Fortführung seiner physikalischen Untersuchungen 3000 M., an Prof. Dr. Probst zur Anschaffung einer Wiltphotographischen Einrichtung für das Eisenbetoninstitut 5000 M., an Prof. Dr. Hausen für die Versuchsergebnisse für Schwachstromtechnik 1000 M., an Prof. Dr. Leichmüller zur Herausgabe der 2. Auflage seines Lehrbuches „Lehrbuch der Schaltungslehre“ 2000 M., an Prof. Dr. Eitner für die Untersuchung der Wärmeleistungen des Entladungsvorganges 1900 M., an Prof. Dr. Franzen für Untersuchungen über die chemischen Vorgänge in grünen Blättern 3500 M., an Prof. Dr. Curt Heß für Untersuchungen über Zellatmung 2000 M., an Dr. Lembert für Untersuchungen auf dem Gebiete der Photoporphyrin 1900 M.

Der Vorstand der Karlsruher Hochschülervereins. Der Verwaltungsrat der Karlsruher Hochschülervereins hat folgende Beschlüsse gefaßt: In Prof. Dellbach zur Fortführung seiner physikalischen Untersuchungen 3000 M., an Prof. Dr. Probst zur Anschaffung einer Wiltphotographischen Einrichtung für das Eisenbetoninstitut 5000 M., an Prof. Dr. Hausen für die Versuchsergebnisse für Schwachstromtechnik 1000 M., an Prof. Dr. Leichmüller zur Herausgabe der 2. Auflage seines Lehrbuches „Lehrbuch der Schaltungslehre“ 2000 M., an Prof. Dr. Eitner für die Untersuchung der Wärmeleistungen des Entladungsvorganges 1900 M., an Prof. Dr. Franzen für Untersuchungen über die chemischen Vorgänge in grünen Blättern 3500 M., an Prof. Dr. Curt Heß für Untersuchungen über Zellatmung 2000 M., an Dr. Lembert für Untersuchungen auf dem Gebiete der Photoporphyrin 1900 M.

Sandbeobachtung unter diesem Eindruck auch auf die Pflicht gegen unsere Städte besteht. Daß die andern Städte diese Erfahrung an den Wiener Kindern nicht machen können, ist daher bedauerlich. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sie bei nächster Gelegenheit nachholen wollten.

Aus der Partei

Dr. Ludwig Franks Vergrüben

Ein aus französischer Gefangenschaft heimgekehrter junger Matrosen, der gleich zu Kriegsanfang bei St. Barthelemy gefangen genommen worden war, berichtet nach der Rheinischen „Tribüne“ folgendes: Nach der Zurückverlegung der Front wurden die Gefangenen im September 1917 unter Aufsicht französischer Gendarmen bei Resnais mit der Aufrechterhaltung des Schlachtfeldes beschäftigt. Sie mußten die Toten, gefordert nach Deutschen und Franzosen, beerdigen und wurden zu sehr raschem Arbeiten angetrieben, taten es auch schon von selbst, denn die Leichen waren in der Verwesung ziemlich vorgeschritten. Den jungen Gefangenen fiel einer der toten Kameraden besonders auf, trotz der Unkenntlichkeit der Gesichtszüge. Der Tote war groß und kräftig, mit dichtem, schwarzem Kraushaar und einem goldenen Vorberzahn. Er trug nicht die gewöhnlichen Infanteriestiefel, sondern eigene Bergschuhe; Gamaschen waren keine mehr vorhanden, dagegen steckte im Gurt ein sonst bei gewöhnlichen Soldaten seltener Browning. Eine nähere Untersuchung ward durch die heftigsten Franzosen vereitelt. — Bei Vernehmung der Leiche bemerkte der Zeuge, — er glaubt das Datum des 22. September dafür angeben zu können, — am Waffengrad des Gefallenen einen Zettel. Dieser war schon recht verwittert. Er legte ihn auseinander und las: Dr. Ludwig Frank, Infanterie-Regiment Nr. 110, 1. Kompanie, Mannheim. In stiller Ehrfurcht bestellte er den Toten mit den anderen fünf Kameraden am Waldrande von Resnais. — Die Franzosen gestatteten nicht, daß Kreuze auf den Gräbern angebracht wurden. — Gleich darauf wurde der junge Wabenser Huber von Hagen bei Lörach, nach Corfica abtransportiert und hatte keine Gelegenheit mehr, seine Beobachtungen zu dokumentieren.

Durch diese Erzählung, die, wie gesagt, durchaus schlicht und einfach, glaubwürdig vorgetragen wurde, läßt sich wohl ein scheinbarer Widerspruch auf der Anfang Oktober 1914 über die Bestattung Dr. Franks die Presse beschaffte. Professor von Schulze-Gävernitz, der persönliche Freund Franks, schrieb in Nr. 261 vom 20. d. 14 der „Frankf. Ztg.“: „Daß er gestern durch die Güte seiner militärischen Vorgesetzten die Möglichkeit erhalten hatte, das Grab seines unergieblichen Freundes, des Abg. Frank, aufzusuchen.“ (Eine nähere Zeitbestimmung für die Begehung „gestern“ ergibt sich nicht aus dem Nachruf.)

Nach einer anderen Mitteilung wäre es Schulze-Gävernitz 2 Tage nach der Beerdigung möglich gewesen, Frank umgibt in ein Einzelgrab. Die Kameraden, die nachts unter eigener Lebensgefahr Dr. Frank ausgraben wollten, hätten aber dadurch die in der Nähe verhängten Kameraden gefährdet. Oberst von Grüter habe dann erklärt, „Franks Grab wäre augenblicklich noch offen und genau besetzt.“ Uns scheint das Rätsel nun gelöst. Unser heimgekehrter Landsmann hat wohl die zweite oder gar die dritte Bestattung Dr. Franks vollzogen. Die Ausgrabung aus der ersten Ruhestätte fiel in die Zeit des plötzlichen Rückzuges, und da mußte wohl der Leichnam während der Vornahme der Umbettung auf freiem Felde zurückgelassen werden. Der Ausdruck des Obersten von Grüter könnte also wohl mit der Aussage des Kriegsgefangenen in Übereinstimmung gebracht werden.

Verantwortlich: Für Vertriebe, Freunde, Ausw., Ausw. der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Baden, Köln, Ausw. der Partei, Kommunisten, Sozialen und Sozialisten Hermann Winter; für den Anzeigen- und Inseratenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Littenstraße 24.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Arbeiterpartei.) Die heutige Karlsruher Arbeiterpartei werden ersucht, umgehend dem Kartellvorsitzenden R. Grimm, Sofienstraße 167, die Mitgliedskarte ihrer Organisationen zukommen zu lassen. 2268

Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts.) Zusammenkunft der Sänger mit Pause am Dienstag, morgens 9 Uhr, vor der Festhalle. 2270

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute Abend 1/8 Uhr Ausflugsfahrt im Lokal. 2277

Mittwoch, den 17. ds. nachmittags 5 Uhr, Treffpunkt Mhlbadstr. 8 zur Arbeitsleistung. Handwagen mitbringen.

Ortskartell freier Angestellten-Verbände.

Dienstag, den 16. März 1920

eintägiger Generalfreik aller Gewerkschaften.

Heute Montag Abend 7 Uhr, versammeln sich die Vertrauensleute sämtlicher Betriebe im „Elefanten“ Kaiserstraße. Jeder Betrieb muß vertreten sein. 2278

Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter

Zahlstelle Karlsruhe.

Gemäß dem Beschluß des Bezirkskartell Karlsruhe am

Dienstag in den Generalfreik einzutreten

fordern wir sämtliche Kollegen u. Kolleginnen innerhalb des Bezirkes auf

die Arbeit ruhen zu lassen.

Die Mitglieder von Karlsruhe und Umgebung werden aufgefordert, an den seitens der Neuwahlkommission bestimmten Sammelplätzen zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

J. A. Leop. Karle.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Öffentliche Versammlung!

Heute Montag abend 7 1/2 Uhr spricht im Vollsaal, Marienstr. 16 Frau Rosa Wolfstein über:

Die Reaktion und die Aufgaben des revolutionären Proletariats.

Freie Aussprache! Eintritt 50 Pf. Frauen frei. K. P. D. Spartakusbund Ortsgruppe Karlsruhe.

Der Karlsruher Orts-Verband der Beamtenevereine

hat seine Mitglieder zu der am Montag, den 15. März 1920, abends 7 Uhr, im Gartenhof des „Friedrichshof“, stattfindenden

Versammlung

ergeben ein Tages-Ordnung:
1. Durchgehende Arbeitszeit. Referent: Postsekretär K. A. n.
2. Wirtschaftliche Selbsthilfe. Referent: Ober-Eisenbahnsekretär B. a. G.

Maul- und Klauenfische betr.
In der Gemeinde Weier ist die Maul- und Klauenfische ausgebrochen. Die Gemeinde Weier wird als Sperrbezirk erklärt. Der Durchtrieb von Klauenfischen durch Weier ist verboten. 688
Karlsruhe, den 11. März 1920.
D. 3. 96. Bad. Bezirksamt. - Vollzeidirektion.

Maul- und Klauenfische betr.
In der Gemeinde Untergrombach ist die Maul- und Klauenfische ausgebrochen. Die Gemeinde Untergrombach wird als Sperrbezirk erklärt. Der Durchtrieb von Klauenfischen durch Untergrombach ist verboten. 689
Karlsruhe, den 11. März 1920. D. 3. 96
Bad. Bezirksamt. - Vollzeidirektion.

Maul- und Klauenfische betr.
Die Maul- und Klauenfische ist ausgebrochen:
a) Unter dem Viehbestand der Zuckerfabrik Waghäusel. Die Fabrik Waghäusel wurde als Sperrbezirk erklärt.
b) Im Stalle des Rudolf Behrer in Ullstadt. Als Sperrbezirk wurde das Gebiet des Behrer, als Beobachtungsgebiet der Gemeinde Ullstadt erklärt.
c) In der Gemeinde Stettfeld. Die Gemeinde Stettfeld wurde als Sperrbezirk erklärt.
Karlsruhe, den 10. März 1920. D. 3. 94
Bad. Bezirksamt. - Vollzeidirektion. 687

Maul- und Klauenfische betr.
In den Gemeinden Mellingen, Wülfingen und Diebelsheim, Amt Bretten, ist die Maul- und Klauenfische ausgebrochen.
Sperrbezirke bilden die in den einzelnen Gemeinden betroffenen Gebiete.
Beobachtungsgebiet wird aus den einzelnen Gemeinden selbst gebildet. 693
Karlsruhe, den 11. März 1920.
Bezirksamt. - Vollzeidirektion. D. 3. 97

Gaskoks

- Städ- und Koflots -

Berechnen wir vom 15. März 1920 ab bis auf weiteres den bei uns durch das Kohlenamt eingehenden Kunden den Zentner zu 19.- Mk ab Werk. 20.20 frei Keller.
Karlsruhe, den 13. März 1920. 684
Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsw. u.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Zgb. Nr. 10 895: 10 a 89 qm Baugelände an der Pfauen- und Löwenstraße.
Schätzung: 5400 M.
Versteigerungstermin: Freitag, den 26. März 1920, vormittags 9 Uhr im Notariatsgebäude, Akademiestraße 8. 685
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 26. Januar 1920.
Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Zgb. Nr. 1411: 2 a 23 qm mit Gebäuden Kreuzstraße 19 (Gasthaus zum „Röschhauer“).
Schätzung: 88 000 M. Wert der Einrichtung: 8602.80 M.
Versteigerungstermin: Dienstag, den 23. März 1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestraße 8.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 24. Dezember 1919.
Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Badisches Landestheater.

Montag, den 15. März 1920. 691
Schwanenweiss.
Märchenspiel in drei Akten von August Strindberg. Anfang 7 Uhr. (M. Fr.) Ende 10 Uhr.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund

Zum Saison-Beginn

empfehle ich mein in allen Preislagen gut sortiertes Lager

Jacken-Kleider Mäntel
Strick-Jacken Unterröcke
Strassen-Kleider Blusen
in Wolle, Seide, Batist und Voile

Garnierte Hüte, Hut-Formen, sämtliche Putz-Artikel
Kurz- und Mode-Waren

Täglicher Eingang von Neuheiten!

Modehaus Hugo Landauer

143/145 Kaiserstr. KARLSRUHE Kaiserstr. 143/145.

Wir zeigen die neue Mode

für Frühjahr und Sommer

in unseren Fenstern und Abteilungen in geschmackvoller reichhaltig. Auswahl

Geschwister Knopf

Konservatorium für Musik

der Landeshauptstadt Karlsruhe
zugleich Theaterschule (Opern- und Schauspielschule).

Beginn des Sommerkurses am 15. April 1920.

Die ausführlichen Satzungen sind kostenfrei zu beziehen durch die Direktion und durch sämtliche hiesige Musikalien- und Musikinstrumentenhandlungen.
Anmeldungen sind schriftlich oder mündlich zu richten an den Direktor
Hofrat Professor Heinrich Ordensstein, Sofienstraße 49.
Sprechstunden täglich - ausser Sonn- und Feiertags - von 3 bis 4 Uhr.
Während der Ferien vom 1. bis 11. April keine Sprechstunden.

Geübte Kräfte

für seine Wäsche, Fleckent- und Hochsaum-Arbeiten gesucht
Probearbeit bitten vorzulegen.
Geschw. Baer
Waldstraße 37. 2267

Pugfranz

oder Mädchen, nur zuverlässig, einmündig in der Woche bei guter Bezahlung gesucht.
Krausenstraße 26, 2. Stod.

Wir kaufen

jedes Quantum Metalle, sämtliche Metalle, alle Sorten Lumpen und Abfälle usw.
Wir zahlen kontant bar. Preis, Güntiger Weg für Händler.
P. Spielmann & Co.
Erlangen (Baden).
Telefon 139. 689

Ein waggon

Bo'nenstücken ist eingetroffen. Ebenso ist ein Partie gebrauchte
Rahmen 5/7 cm stark, geeignet für Gartendünger- und Häuschen preiswert abzugeben bei
David Schmid
Holzhandlung beim neuen Safferturm. 2268

Neu eingetroffen!

Herrenstoffe!

in verschiedenen Farben, von Mk. 90.- per Meter an.

L. Brotz

Marienstr. 18, part.
Ke'n Laden. Telephon 8959

Holzhauer gesucht!

Die Gemeinde Gaggenau sucht sofort mehrere gelehrte Holzhauer auf längere Zeit bei guter Bezahlung und sieht Angeboten entgegen
Der Gemeinderat:
Schneider. 675

Soolbäder

zur Anregung der Hauttätigkeit von ärztlicher Seite gerne und häufig empfohlen gegen sämtliche Formen der Scrofulosis, wie sie sich durch Hautausschläge, Geschwüre, Knochen-entzündungen, Drüsenanschwellungen und Augenentzündungen darbieten; ebenfalls gegen Rheumatis und Bleichsucht der Kinder. im

Friedrichsbad

Wir suchen eine unverlässige

Zeitungs-Trägerin

für Mühlburg.
Geübene Bewerberinnen wollen sich bei uns melden.
Geschäftsstelle des Volksfreund
Luisenstraße 21.

Gewerkschafts-Sekretär gesucht!

Der Ortsausschuss Forzheim des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sucht zum möglichst baldigen Eintritt einen Gewerkschaftssekretär, der, wenn notwendig, den Arbeitersekretär unterstützen oder vertreten kann.
Geworbet werden: rechnerische, organisatorische und agitatorische Gewandtheit und mehrjährige Mitgliedschaft in einer dem A. D. G. B. angeschlossenen Gewerkschaft, sowie einen guten Gesundheitszustand.
Anstellungsbedingungen sind bei dem Unterzeichneten zu erhalten. Bewerber wollen ihrer Bewerbung einen kurz gefassten Lebenslauf, sowie eine lehrreiche Abhandlung über die Aufgaben eines Gewerkschaftssekretärs beifügen.
Bewerbungen sind unter Angabe des frühesten Eintrittstermins mit der Aufschrift „Bewerbung“ spätestens bis zum 10. April an Rudolf Pöhlert, Forzheim, Schloßberg 1, zu richten. 2274

Kaufe u. verkaufe

fortwährend getragene
Herren- und Damenbekleidungsstücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren, Reisszeuge, Musikinstrumente, Ferngläser, Gold, Silber, Brillanten, Möbel aller Art, Nähmaschinen, Kinderwagen
usw. usw. 2206

Gefl. Angebote erbittet
Kronenstr. 52 **Weintraub's** Telephon 3747
An- und Verkaufsgeschäft.

Häuser Anzuastoffe

große Auswahl, 2284
Konfirmations-Anzüge
neu, preiswert abzugeben.
Essenweinstraße Nr. 32 II
Axelrad.

M. Busam,

Karlsruhe, Gerrenstr. 38,
1006 Telephon 5590.

Schillerstr. 50

besucht sich meine
beleggerichte:
Fahrad- und Nähmaschinen-Reparaturwerkstätte.
Summi- u. alle Ersatzteile zu haben. 2203
Karl Gau, Mechaniker.

Ultrametalle

rote Zinn, Zink, Blei, Messing, Kupfer, Kupfer, Schrot- und Pulver, Maschinen, sowie ganze Fabrikrichtungen
Telephon 2082
Federlein,
Fasanenstraße 26, Telephon 3481

Das Ausbrüten

von Gänse-, Enten- und Hühneriern wird übernommen.
Wagenbauer, Hühner-, Hühner- u. Schutzhäuser.
Fasanenstraße 25, 2. Stod.

Zahle!

höchste Preise für neue und alte, Silber, Kupfer, Eisen, Gold, Wäsche, Teppiche, Gardinen und Betten.
Komme persönlich ins Haus.
Aufschriften erbeten an
S. Axelrad
Essenweinstraße 32.

Kräfte entleert, Zeitdauer

indien, gebildet in 2 Tg. ohne Berufsferien. 200 000 f. bew. Mtl. ab. 100 Selbst. Nähere Preis. Personenz. angeben. 2277
Sproedl, Wochum 285,
Postfach 199